

Nationale Untersuchung zum Klimawandel (NICC) durch die Menschenrechtskommission der Philippinen

Der Klimawandel ist eine Menschenrechtsfrage.

Der Klimawandel ist ein globales Thema.

Der Klimawandel ist ein existentielles Phänomen.

Die philippinische Menschenrechtskommission (CHR) führt derzeit eine Nationale Untersuchung zum Klimawandel (NICC) durch, um die Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschenrechte der philippinischen Bevölkerung zu ermitteln. Ebenfalls untersucht wird die Verantwortung von Kohle-, Öl-, Gas- und Zementproduzenten in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen infolge des Klimawandels, die zeitgleich mit der historischen Pariser UNO-Klimakonferenz von 2015 geschahen.

Die Nationale Untersuchung zum Klimawandel ist die Antwort auf eine Petition, die von einer Gruppe von Taifun-Überlebenden, weiteren Einzelpersonen und lokalen Gruppen lanciert wurde. Die Petition wird auch von Greenpeace Südostasien (Philippinen) und 13 weiteren Nichtregierungsorganisationen mitgetragen.

Diese Petition ist die erste, die eine Untersuchung der Rolle multinationaler Konzerne bezüglich klimabedingter Menschenrechtsverletzungen fordert. Zwar haben diese Unternehmen ihren Hauptsitz ausserhalb des Landes, aber die Auswirkungen im Bereich Menschenrechte treffen die Menschen in den Philippinen sehr wohl. Es ist auch das erste Mal, dass sich ein nationales Menschenrechtsgremium bereit erklärt, eine solche Untersuchung durchzuführen.

Die Schweizer Konzerne Holcim und Glencore gehören zusammen mit ExxonMobil, Shell, BP, Chevron, Total, BHP Billiton und Suncor zu den 47 grössten fossilen Produzenten, die im Fokus der Untersuchung der Menschenrechtskommission stehen. Diese sogenannten «Carbon Majors» sind private Öl-, Gas- und Zementunternehmen, deren Aktivitäten gemäss Studien den grössten Anteil an den CO₂-Emissionen seit der industriellen Revolution haben.

In den letzten zwei Jahrzehnten wurden die Philippinen vom Global Climate Risk Index (GCRI) als eines jener zehn Länder erkannt, die am stärksten von Klimarisiken betroffen sind.

Zeitachse

Im November 2013 verwüstete der Taifun Haiyan die mittleren und östlichen Visayas-Inseln auf den Philippinen. Der unter der philippinischen Bevölkerung als «Super Taifun Yolanda» bekannte Wirbelsturm traf Millionen Menschen, die noch immer in Not sind, und kostete Tausenden von ihnen das Leben. Ganze Familien wurden ausgelöscht und Tausende Gemeinden wurden von Zerstörungen getroffen, wie sie es noch nie zuvor erlebt hatten.

22. September 2015: Greenpeace Südostasien-Philippinen übergibt zusammen mit 13 philippinischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und 18 Einzelpersonen eine Petition an die Menschenrechtskommission der Philippinen (CHR). Die Petition verlangt eine Untersuchung zur «Verantwortung der grössten fossilen Produzenten bezüglich Menschenrechtsverletzungen oder drohenden Menschenrechtsverletzungen als Folge des Klimawandels». Zum ersten Mal sehen sich die fossilen Energieunternehmen mit einer nationalen Menschenrechtsklage wegen dem Klimawandel konfrontiert.

04. Dezember 2015: Die Menschenrechtskommission kündigt eine Untersuchung an, die Anfang 2016 beginnen soll. Ziel ist zu prüfen, ob grosse internationale fossile Produzenten die Menschenrechte verletzen, indem sie den Klimawandel vorantreiben.

27. Juli 2016: Die Menschenrechtskommission übermittelt die in der Petition formulierte Klage sowie eine behördliche Verfügung an die Konzernleitungen der weltweit grössten privaten Produzenten von fossilen Brennstoffen und Zement. Die Verfügung fordert die Unternehmen auf, der Menschenrechtskommission innerhalb von 45 Tagen Antworten zu liefern.

Bis Ende September und Anfang Oktober 2016 erhalten die Träger der Petition eine Reihe von Antworten. Darin wird die Menschenrechtskommission mehrheitlich aufgefordert, die Petition zu verwerfen.

08. Dezember 2016: Trotz des offensichtlichen Widerstands der Konzerne kündigt die Menschenrechtskommission an, dass sie die Untersuchung 2017 fortsetzen wird.

13. Februar 2017: Die Träger der Petition reichen eine ausführliche Stellungnahme ein und fordern die Menschenrechtskommission auf, das Ansinnen der «Carbon Majors» abzulehnen. Sie fordern die Konzernchefs auf, Teil der Lösung zu werden und sich ohne Einschränkungen an der nationalen Untersuchung zu beteiligen.

05. Mai 2017: Diverse von der Klage betroffene Konzerne übermitteln der Menschenrechtskommission ihre Erwiderung auf die Stellungnahme der Petitionsträger.

Juni bis November 2017: Die Menschenrechtskommission besucht eine Reihe von Gemeinden in Gebieten, die vom Klimawandel betroffen sind, und führt dort Interviews, Untersuchungen und Datentriangulationen durch.

11. Dezember 2017: Die Menschenrechtskommission führt eine Vorkonferenz durch, die das erste Treffen der Parteien hätte sein sollen, aber nur die Petitionsträger treten formell auf.

07. Februar 2018: Die Rainbow Warrior, das berühmteste Schiff von Greenpeace, ist für eine 20-tägige Reise in philippinischen Gewässern unterwegs, im Namen der unzähligen Gemeinschaften, die für Klimagerechtigkeit kämpfen.

27.-28. März 2018: In Manila auf den Philippinen beginnen epochale Verhandlungen zu Menschenrechten gegen Unternehmen der fossilen Brennstoffindustrie. An dieser weltweit ersten nationalen Menschenrechtsuntersuchung gegen die «Carbon Majors» sagen Zeugen aus diversen Gruppen und Gemeinschaften (Landwirte, Fischer, Indigene, Jugendliche) sowie Wissenschaftler und Rechtsexperten aus. Die öffentlich zugänglichen Anhörungen werden im Mai, August und Dezember in Manila fortgesetzt, mit weiteren

Aussagen von Rechtsexperten, Wissenschaftlern und Zeugen, die ihr Wissen und ihre Erfahrungen beisteuern.

23.-24. Mai 2018: Zweite Phase der öffentlichen Anhörungen in Manila. Die Petitionsträger präsentieren 7 Zeugen aus verschiedenen Gemeinschaften sowie 6 Experten.

27.-28. September 2018: In New York City finden öffentliche Anhörungen statt, bei denen Zeugen der Petitionsträger wie auch der Menschenrechtskommission auftreten.

06.-08. November 2018: In London finden weitere öffentliche Anhörungen statt, an denen wiederum diverse Zeugen der Petitionsträger und der Menschenrechtskommission aussagen.

11.-12. Dezember 2018: An zweitägigen Anhörungen in Manila kommt die Präsentation von Zeugen und Sachverständigen durch die Petitionsträger zum Abschluss.

Die Petitionsträger gehen davon aus, dass die Menschenrechtskommission ihren Bericht und ihre Entscheidung im vierten Quartal 2019 vorlegen wird.

Fragen und Antworten

1. Wer sind die Petitionsträger?

Die Petitionsträger sind Vertreter von diversen Gemeinschaften aus den Philippinen. Dazu gehören Überlebende von extremen Wirbelstürmen wie Haiyan (Yolanda), Fischer aus Alabat, einer Gegend mit ursprünglich fischreichen Gewässern, Gemeinschaften aus der Umgebung des Kohlekraftwerks von Bataan in der philippinischen Region Central Luzon, sowie Organisationen der Zivilgesellschaft, darunter auch Greenpeace Südostasien-Philippinen.

2. Wer steht im Fokus der Petition zu Klimawandel und Menschenrechten?

Die 47 «Carbon Majors», gegen die sich die Klage richtet, sind private Öl-, Gas- und Zementunternehmen: Alpha Natural Resources, Anadarko, Anglo American, Apache, Arch Coal, BG Group, BHP Billiton, BP, Canadian Natural Resources, Cemex, Chevron, Conoco Phillips, Consol Energy, Devon Energy, Encana, ENI, Exxon Mobil, Freeport McMoRan, Glencore, Heidelbergcement, Hess, Holcim, Husky Energy, Italcementi, Kiewit Mining, Lafarge, Lukoil, Luminant, Marathon, Murphy Oil, Murray Coal, North American Coal, Occidental, Omv Group, Peabody Energy, RAG, Repsol, Rio Tinto, Rosneft, Royal Dutch Shell, RWE, Sasol, Suncor, Taiheiyō Cement, Total, UK Coal, Westmoreland Mining. Von den ursprünglich 47 angesprochenen «Carbon Majors» hat sich herausgestellt, dass 42 davon aktive fossile Produzenten sind, die sich in Aktionärsbesitz befinden.

Ihren Hauptsitz haben diese Konzerne in den USA, Grossbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien, in der Schweiz, in den Niederlanden, in Spanien, Österreich, Kanada, Russland, Australien, Japan, Mexiko und Südafrika.

Diese Liste basiert auf neuen Forschungsergebnissen von Richard Heede vom Climate

Accountability Institute, die durch Peer Review überprüft wurden. Richard Heedes Arbeit ist die erste Schätzung darüber, inwiefern 90 untersuchte Unternehmen für den Grossteil der weltweiten, kumulierten CO₂- und Methanemissionen verantwortlich sind. Dabei handelt es sich um die grössten multinationalen und staatlichen Produzenten von Erdöl, Erdgas, Kohle und Zement, die teils seit 1854 bestehen. Diese Ergebnisse sind für die Philippinen von grosser Bedeutung und Tragweite, weil das Land sehr anfällig ist für die Auswirkungen des Klimawandels. Dabei wird deutlich, dass die «Carbon Majors» einen wesentlichen Anteil an den geschätzten Treibhausgasemissionen haben.

3. Was verlangen die Petitionsträger von der philippinischen Menschenrechtskommission?

1. Die Menschenrechtskommission soll als Behörde bzw. als Verwaltungseinheit den Beitrag der grössten privaten fossilen Produzenten an die CO₂-Emissionen ermitteln sowie die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte zur Kenntnis nehmen. Sie soll eine Untersuchung zu den Auswirkungen des Klimawandels und der Versauerung der Ozeane auf die Menschenrechte, insbesondere auf den Philippinen, durchführen. Im Anschluss an die Untersuchung soll die Menschenrechtskommission ihre Erkenntnisse zur Verantwortung der privaten «Carbon Majors» im Bereich Menschenrechtsverletzungen oder drohende Menschenrechtsverletzungen auf den Philippinen infolge des Klimawandels und der Versauerung der Ozeane veröffentlichen.
2. Die Menschenrechtskommission soll die Situation der Menschen und Gemeinschaften, die von den Auswirkungen des Klimawandels besonders bedroht sind, verfolgen.
3. Die Menschenrechtskommission soll politischen Entscheidungsträgern und Gesetzgebern empfehlen, klare und umsetzbare objektive Standards für die Berichterstattung von Unternehmen über umweltbezogene Menschenrechtsfragen zu entwickeln und einzuführen, insbesondere betreffend aktuelle und zukünftige Auswirkungen des Klimawandels und der Treibhausgase aus fossilen Quellen.
4. Die Menschenrechtskommission soll politischen Entscheidungsträgern und Gesetzgebern empfehlen, wirksame Rechenschaftsmechanismen zu entwickeln und einzuführen, die für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen oder drohenden Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel leicht zugänglich sind.
5. Die Menschenrechtskommission soll die grössten privaten fossilen Produzenten auffordern, Plänen vorzulegen, in denen sie aufzeigen, wie sie Menschenrechtsverletzungen oder drohende Menschenrechtsverletzungen infolge des Klimawandels beseitigen, beheben oder künftig verhindern wollen.
6. Schliesslich soll die Menschenrechtskommission den Regierungen, insbesondere in den Philippinen und in den Hauptsitz- oder Tätigkeitsländern der grössten privaten fossilen Produzenten, empfehlen, die Pflichten zur internationalen Zusammenarbeit zu verbessern, zu stärken oder neu zu entwickeln, um sicherzustellen, dass die «Carbon Majors» sich den Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschenrechte stellen.

4. Fordern die Petitionsträger eine Entschädigung?

Nein. Ihr Anliegen ist, weiteren Schaden abzuwenden. Sie wollen, dass Kohle, Öl und Gas im Boden verbleiben. Und sie fordern, dass offiziell anerkannt wird, dass diese fossilen Produzenten verantwortlich sind für Auswirkungen des Klimawandels auf die

Menschenrechte.

5. Welches rechtliche Gewicht hat die Menschenrechtskommission?

Die Menschenrechtskommission ist ein unabhängiges Gremium, das auf der philippinischen Verfassung gründet. Sie hat in erster Linie die Aufgabe, jegliche Form von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Bürgerrechten, politischen, sozioökonomischen und kulturellen Rechten auf den Philippinen zu untersuchen. Zwar handelt es sich nicht um eine Justizbehörde, aber ihre Feststellungen und Empfehlungen werden von den Gerichten anerkannt.

Weitere Informationen: Petition zu Klimawandel und Menschenrechten:

<http://www.greenpeace.org/seasia/ph/press/releases/Worlds-largest-carbon-producers-ordered-to-respond-to-allegations-of-human-rights--abuses-from-climate-change/The-Climate-Change-and-Human-Rights-Petition/>